

*Kursiv*                      *bloisse Veränderungen in der Nummerierung bzw. im Standort*

**Fett**                      **Veränderungen im Text**

## Neue Fassung

### Einbürgerungs- gesuche

#### Art. 59

<sup>1</sup> Vor der Behandlung der einzelnen Einbürgerungsgesuche kann eine allgemeine Diskussion geführt werden. Der Antrag auf Rückweisung ist nicht zulässig.

<sup>2</sup> Bei den einzelnen Einbürgerungsgesuchen kann zu den gesetzlichen Voraussetzungen der Einbürgerung diskutiert werden.

<sup>3</sup> Bei den einzelnen Einbürgerungsgesuchen kann Antrag auf Zustimmung zum Einbürgerungsgesuch oder auf Ablehnung des Einbürgerungsgesuchs gestellt werden. Anträge auf Rückweisung oder Verschiebung sowie Änderungsanträge sind nicht zulässig.

<sup>4</sup> Anträge, die von jenem des Einbürgerungsrats abweichen, müssen eine schriftliche Begründung enthalten, die sich auf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung bezieht. Andernfalls werden sie nicht zur Abstimmung gebracht.

#### c) parlamentarische Vorstösse

### Allgemeines a) Einreichung

#### Art. 60

<sup>1</sup> Motionen, Postulate und Interpellationen können nur während der Sitzungen des Stadtparlaments eingereicht werden.

<sup>2</sup> Einfache Anfragen können auch ausserhalb der Sitzungen eingereicht werden.

<sup>3</sup> Am Schluss der Sitzung wird dem Stadtparlament Kenntnis gegeben:

- a) von den neu eingegangenen Motionen, Postulaten und Interpellationen;
- b) von den seit der letzten Sitzung eingegangenen Einfachen Anfragen.

### b) Massgebender Auftrag

#### Art. 61

Massgebend für die Zulässigkeit (Art. 62), die Beschlussfassung (Art. 70) und die Weiterbehandlung (Art. 71) einer Motion oder eines Postulats ist der als Auftrag gekennzeichnete Text des Vorstosses.

## Geltende Fassung

### Bürgerrechts- gesuche

#### Art. 59

<sup>1</sup> Bei der Behandlung der Bürgerrechtsgesuche kann vor der Behandlung der einzelnen Bürgerrechtsgesuche eine allgemeine Diskussion geführt werden.

<sup>2</sup> Bei den einzelnen Bürgerrechtsgesuchen kann zu den gesetzlichen Voraussetzungen der Einbürgerung diskutiert werden.

<sup>3</sup> Es kann Antrag auf Erteilung des Bürgerrechts, auf Ablehnung des Bürgerrechtsgesuchs oder auf Rückweisung an den zuständigen Einbürgerungsrat gestellt werden.

<sup>4</sup> Der Antrag ist zulässig, soweit er eine schriftliche Begründung enthält, die sich auf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung bezieht. Andernfalls wird er nicht zur Abstimmung gebracht.

<sup>5</sup> Die Anträge des zuständigen Einbürgerungsrats werden ohne Abstimmung gesamthaft zum Beschluss erhoben, soweit kein Gegenantrag vorliegt.

### Allgemeines a) Einreichung

#### Art. 60

<sup>1</sup> Motionen, Postulate und Interpellationen können nur während der Sitzungen des Stadtparlaments eingereicht werden.

<sup>2</sup> Einfache Anfragen können auch ausserhalb der Sitzungen eingereicht werden.

<sup>3</sup> Am Schluss der Sitzung wird dem Stadtparlament Kenntnis gegeben:

- a) von den neu eingegangenen Motionen, Postulaten und Interpellationen;
- b) von den seit der letzten Sitzung eingegangenen Einfachen Anfragen.

c) Zulässigkeit des Vorstosses

Art. 62

<sup>1</sup> Das Stadtparlament entscheidet über die Zulässigkeit eines Vorstosses.

<sup>2</sup> Erachtet der Stadtrat den Gegenstand eines Vorstosses als ganz oder teilweise unzulässig, so teilt er dies dem Präsidium mit. Das Präsidium prüft die Frage und stellt dem Stadtparlament Antrag.

<sup>3</sup> Wird die Zulässigkeit aus der Mitte des Stadtparlaments bestritten, so kann der Vorstoss zur Prüfung der Zulässigkeit an das Präsidium zurückgewiesen werden. Dieses prüft die Frage und stellt dem Stadtparlament Antrag.

<sup>4</sup> Eine Diskussion über die Zulässigkeit eines Vorstosses findet statt, wenn dies von 15 Mitgliedern verlangt wird.

<sup>5</sup> Die Zulässigkeit beziehungsweise der für die Beantwortung verbindliche Auftrag bestimmen sich in jedem Falle nach Art. 65 und 66

d) Beschränkung der Redezeit

Art. 63

<sup>1</sup> Bei parlamentarischen Vorstössen ist die Redezeit für die Begründung sowie für die Stellungnahme oder Antwort des Stadtrats auf 15 Minuten beschränkt.

<sup>2</sup> Die Stellungnahme oder Antwort des Stadtrats darf ausnahmsweise und auf Vorankündigung hin länger als 15 Minuten dauern.

e) Rückzug und Umwandlung

Art. 64

<sup>1</sup> Das Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder für eine Gruppe spricht, kann:

a) eine Motion, ein Postulat oder eine Interpellation zurückziehen; der Vorstoss ist damit erledigt;

b) eine Motion in ein Postulat umwandeln.

<sup>2</sup> Eine Einfache Anfrage kann vom Mitglied zurückgezogen werden, das sie eingereicht hat.

Motion und Postulat

Art. 65

<sup>1</sup> Jedes Mitglied kann mit einer Motion beantragen, dass der Stadtrat den Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung, für ein rechtsetzendes Reglement oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlege.

<sup>2</sup> Das gleiche Recht steht zu:

a) den parlamentarischen Kommissionen;

b) einer Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments; das erstunterzeichnete Mitglied spricht für die Gruppe, sofern im Vorstoss nichts anderes bestimmt worden ist.

<sup>3</sup> Die Motion kann Richtlinien über den Inhalt des Entwurfs geben.

<sup>4</sup> Sie darf keinen Dauerauftrag enthalten.

b) Zulässigkeit eines Vorstosses

Art. 61

<sup>1</sup> Das Stadtparlament entscheidet über die Zulässigkeit eines Vorstosses.

<sup>2</sup> Erachtet der Stadtrat einen Vorstoss als ganz oder teilweise unzulässig, so teilt er dies dem Präsidium mit. Das Präsidium prüft die Frage und stellt dem Stadtparlament Antrag.

<sup>3</sup> Wird die Zulässigkeit aus der Mitte des Stadtparlaments bestritten, so kann der Vorstoss zur Prüfung der Zulässigkeit an das Präsidium zurückgewiesen werden. Dieses prüft die Frage und stellt dem Stadtparlament Antrag.

<sup>4</sup> Eine Diskussion über die Zulässigkeit eines Vorstosses findet statt, wenn dies von 15 Mitgliedern verlangt wird.

d) Beschränkung der Redezeit

Art. 62

<sup>1</sup> Bei parlamentarischen Vorstössen ist die Redezeit für die Begründung sowie für die Stellungnahme oder Antwort des Stadtrats auf 15 Minuten beschränkt.

<sup>2</sup> Die Stellungnahme oder Antwort des Stadtrats darf ausnahmsweise und auf Vorankündigung hin länger als 15 Minuten dauern.

e) Rückzug und Umwandlung

Art. 63

<sup>1</sup> Das Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder für eine Gruppe spricht, kann:

a) eine Motion, ein Postulat oder eine Interpellation zurückziehen; der Vorstoss ist damit erledigt;

b) eine Motion in ein Postulat umwandeln.

<sup>2</sup> Eine Einfache Anfrage kann vom Mitglied zurückgezogen werden, das sie eingereicht hat.

Motion und Postulat

Art. 64

<sup>1</sup> Jedes Mitglied kann mit einer Motion beantragen, dass der Stadtrat den Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung, für ein rechtsetzendes Reglement oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlege.

<sup>2</sup> Das gleiche Recht steht zu:

a) den parlamentarischen Kommissionen;

b) einer Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments; das erstunterzeichnete Mitglied spricht für die Gruppe, sofern im Vorstoss nichts anderes bestimmt worden ist.

<sup>3</sup> Die Motion kann Richtlinien über den Inhalt des Entwurfs geben.

<sup>4</sup> Sie darf keinen Dauerauftrag enthalten.

b) Postulat

Art. 66

<sup>1</sup> Jedes Mitglied kann mit einem Postulat beantragen, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung oder den Erlass eines Reglements vorzulegen oder ob eine Massnahme zu treffen sei.

<sup>2</sup> Das gleiche Recht steht zu:

a) den parlamentarischen Kommissionen;

b) einer Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments; das erstunterzeichnete Mitglied spricht für die Gruppe, sofern im Vorstoss nichts anderes bestimmt worden ist.

<sup>3</sup> Postulate, die auf eine Verfügungsverfügung, auf einen Rechtsmittelentscheid oder auf ein bestimmtes Dienstverhältnis einwirken wollen, sind unzulässig.

c) Änderung des Geschäftsreglements

Art. 67

<sup>1</sup> Betrifft eine Motion oder ein Postulat das Geschäftsreglement des Stadtparlaments, so richtet sich der Vorstoss an das Präsidium.

<sup>2</sup> Dieses kann den Stadtrat mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragen.

<sup>3</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Erheblicherklärung und Weiterbehandlung (Art. 67 ff.) sachgemäss.

d) Erheblicherklärung;

Art. 68

aa) Traktandierung

<sup>1</sup> Die Stellungnahme des Stadtrats zur Erheblicherklärung erfolgt schriftlich spätestens mit der Einladung zur drittfolgenden Sitzung.

<sup>2</sup> Stimmt das Mitglied zu, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder das für eine Gruppe spricht, so kann ein Vorstoss auf die Traktandenliste einer späteren Sitzung verschoben werden.

bb) Begründung

Art. 69

<sup>1</sup> Das Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder das für eine Gruppe spricht, erhält Gelegenheit zur Begründung der Motion oder des Postulats.

<sup>2</sup> Ist dieses Mitglied verhindert, so kann es die Begründung einem Mitglied überlassen, das den Vorstoss mitunterzeichnet hat, oder die Verschiebung auf die nächste Sitzung verlangen.

cc) Diskussion und Beschlussfassung

Art. 70

<sup>1</sup> In der Diskussion können folgende Anträge gestellt werden:

b) Postulat

Art. 65

<sup>1</sup> Jedes Mitglied kann mit einem Postulat beantragen, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung oder den Erlass eines Reglements vorzulegen oder ob eine Massnahme zu treffen sei.

<sup>2</sup> Das gleiche Recht steht zu:

a) den parlamentarischen Kommissionen;

b) einer Gruppe von Mitgliedern des Stadtparlaments; das erstunterzeichnete Mitglied spricht für die Gruppe, sofern im Vorstoss nichts anderes bestimmt worden ist.

<sup>3</sup> Postulate, die auf eine Verfügungsverfügung, auf einen Rechtsmittelentscheid oder auf ein bestimmtes Dienstverhältnis einwirken wollen, sind unzulässig.

c) Traktandierung

Art. 66<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Stellungnahme des Stadtrats erfolgt schriftlich in der Regel mit der Einladung zur drittfolgenden Sitzung.

<sup>2</sup> Stimmt das Mitglied zu, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder das für eine Gruppe spricht, so kann ein Vorstoss auf die Traktandenliste einer späteren Sitzung verschoben werden.

Art. 67<sup>2</sup>

Art. 68

<sup>1</sup> Das Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder das für eine Gruppe spricht, erhält Gelegenheit zur Begründung der Motion oder des Postulats.

<sup>2</sup> Ist dieses Mitglied verhindert, so kann es die Begründung einem Mitglied überlassen, das den Vorstoss mitunterzeichnet hat, oder die Verschiebung auf die nächste Sitzung verlangen.

<sup>3</sup> ...<sup>2</sup>

Art. 69<sup>2</sup>

g) Diskussion und Beschlussfassung

Art. 70

<sup>1</sup> In der Diskussion können Anträge auf Abänderung, namentlich

<sup>1</sup> geändert durch Nachtrag I vom 11. März 2008, cRS 2008, 67

<sup>2</sup> aufgehoben durch Nachtrag I vom 11. März 2008, cRS 2008, 67

sung

den:

- a) auf Abänderung des Auftrags;
- b) auf Umwandlung einer Motion in ein Postulat;
- c) auf Dringlicherklärung mit Verkürzung der Frist zur Erfüllung des Auftrags auf bis zu drei Monate.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst vorerst über die Erheblicherklärung des Vorstosses und anschliessend über eine allfällige Dringlicherklärung.

e) Weiterbehandlung;

Art. 71

<sup>1</sup> Der Stadtrat soll den erteilten Auftrag **zügig** ausführen.

aa) Fristen für die Vorlage des Stadtrats

<sup>2</sup> **Ist der Vorstoss dringlich erklärt worden, so gilt die entsprechende Frist.**

<sup>3</sup> *Die bei der Dringlicherklärung festgesetzte Frist kann durch das Präsidium nach Anhören des erstunterzeichnenden Mitglieds erstreckt werden.*

bb) Beratung der Vorlage aufgrund einer Motion

Art. 72

<sup>1</sup> Die Vorlage aufgrund einer Motion wird wie eine Sachvorlage (Art. 48 - 54) beraten.

<sup>2</sup> Mit dem Beschluss auf Nichteintreten auf die Vorlage (Art. 50) oder mit der Gesamtabstimmung (Art. 54) wird die Abschreibung der Motion ohne weitere Abstimmung festgestellt.

cc) Beratung des Berichts zu einem Postulat

Art. 73

<sup>1</sup> Das Stadtparlament berät den Bericht des Stadtrats ohne Eintretensdiskussion.

<sup>2</sup> Nach Schluss der Diskussion beschliesst das Stadtparlament:

- a) Abschreibung des Postulats;
- b) Nichtabschreibung oder nur teilweise Abschreibung des Postulats, wenn der Bericht die mit dem Postulatsauftrag verlangte Prüfung und Berichterstattung nicht oder nicht vollständig enthält. In diesem Falle hat der Stadtrat den Bericht zu ergänzen. Das Stadtparlament kann erneut Dringlichkeit beschliessen. Das Stadtparlament kann die Abschreibung nicht deshalb ablehnen, weil es die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt.

auf Umwandlung einer Motion in ein Postulat, gestellt werden.

<sup>2</sup> Hierauf bestimmt das Stadtparlament über die Erheblicherklärung der Motion oder des Postulats.

h) Weiterbehandlung

Art. 71

<sup>1</sup> Der Stadtrat soll den erteilten Auftrag beförderlich ausführen.

<sup>2</sup> Er unterbreitet dem Stadtparlament jährlich Bericht über die anhängigen Motionen und Postulate.

<sup>3</sup> Ist eine Motion oder ein Postulat seit mehr als zwei Jahren anhängig, so begründet der Stadtrat die Verzögerung und stellt Antrag für das weitere Vorgehen.

<sup>4</sup> Motionen oder Postulate werden abgeschrieben, wenn der Stadtrat den Entwurf oder den Bericht unterbreitet hat oder wenn der Vorstoss überholt ist.

k) Änderung des Geschäftsreglements

Art. 73

<sup>1</sup> Betrifft eine Motion oder ein Postulat das Geschäftsreglement des Stadtparlaments, so richtet sich der Vorstoss an das Präsidium.

<sup>2</sup> Dieses kann den Stadtrat mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragen.

**dd) Beratung des Berichts zu einem Postulat bei gleichzeitiger Sachvorlage**      **Art. 73a**  
**Unterbreitet der Stadtrat den Bericht zu einem Postulat im Rahmen einer Sachvorlage, so erfolgt die Beratung nach den Bestimmungen über Sachvorlagen (Art. 48 - 54). Mit dem Beschluss auf Nichteintreten auf die Vorlage (Art. 50) oder mit der Gesamtabstimmung (Art. 54) wird die Abschreibung des Postulats ohne weitere Abstimmung festgestellt.**

*f) Bericht über hängige Motionen und Postulate*      *Art. 73b*  
<sup>1</sup> *Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament jährlich Bericht über die anhängigen Motionen und Postulate.*  
<sup>2</sup> *Ist ein Vorstoss seit mehr als zwei Jahren anhängig, so begründet der Stadtrat die Verzögerung und stellt Antrag für das weitere Vorgehen.*  
<sup>3</sup> *Das Stadtparlament kann den Vorstoss abschreiben, wenn er überholt ist oder andere gewichtige Gründe gegen die Erfüllung des Auftrags sprechen.*